



Vorlagennummer: 0144/2025
Vorlageart: Mitteilung
Status: öffentlich

Antrag nach § 24 GO von #aufstehen - Die Sammlungsbewegung zum Thema "Ausbildung und Verpflichtung der Busfahrer*innen zum Ausklappen der Rampe"

Datum: 06.02.2025
Freigabe durch: Erik O. Schulz, Oberbürgermeister
Federführung: FB01 - Oberbürgermeister
Beteiligt:

Beratungsfolge

| Gremium | Geplante Sitzungstermine | Öffentlichkeitsstatus |
|----------------------------------------------------------------------|--------------------------|-----------------------|
| Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung (Kenntnisnahme) | 25.02.2025 | Ö |

Sachverhalt

Am 10.01.2025 reichte „Die Sammlungsbewegung - #aufstehen“ den Antrag zum Thema „Ausbildung und Verpflichtung der Busfahrer*innen zum Herauslegen der Rampe“ (Anlage I) bei der Geschäftsstelle des Ausschusses für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung ein.

Da die Thematik bereits im Jahr 2023 von der „Sammlungsbewegung - #aufstehen“ im Rahmen der Vorlage 0884/2023 im ABB behandelt und dort auf Grundlage der Stellungnahme der HVG vom 10.10.2023 (Anlage II) der Beschluss: „Der Bürgerantrag der Sammlungsbewegung „#aufstehen“ wird zur Kenntnis genommen und die Eingabe an den Beirat für Menschen mit Behinderungen überwiesen“ gefasst wurde, ist eine erneute Behandlung im ABB zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Darüber wurden die Antragsteller am 30.01.2025 informiert. Von dort wurde am 02.02.2025 darauf aufmerksam gemacht, dass sich die eigentliche Situation bislang leider nicht wesentlich verbessert habe und um Unterstützung gebeten (Anlage III).

Diesem Wunsch wurde seitens der Geschäftsstelle entsprochen und den Antragstellern die Kontaktdaten der HVG mitgeteilt (Anlage IV).

Auswirkungen

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Die Anregung richtet sich insbesondere an die Sensibilisierung von Busfahrer*innen in Bezug auf das Ausklappen der Rampe für Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind.



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

☒ keine Auswirkungen (o)

Finanzielle Auswirkungen

☒ Es entstehen weder finanzielle noch personelle Auswirkungen.

1. Steuerliche Auswirkungen

☒ Es entstehen keine steuerlichen Auswirkungen.

2. Rechtscharakter

☒ Ohne Bindung

Anlage/n

1 - Anlage I zu Vorlage 01442025 (öffentlich)

2 - Anlage II Vorlage 01442025 (öffentlich)

3 - Anlage III zu Vorlage 01442025 (öffentlich)

4 - Anlage IV zu Vorlage 01442025 (öffentlich)

Abs. 

Hagen, den 10.01.2025

An den **Beschwerdeausschuss**
& Ausschuss **für** Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität

Antrag Ausbildung und Verpflichtung der Busfahrer/innen* zum Herauslegen der Rampe

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß Paragraph 24 der Gemeindeordnung NRW fordert die aufstehen Sammlungs**bewegung** Hagen, die Stadt Hagen auf, dafür zu Sorge zu tragen, dass der Aufsichtsrat der Strassebahn AG, HABUS sowie weitere Gesellschaften, dass ALLE Busfahrer/innen* dazu ausgebildet und verpflichtet werden unaufgefordert an den Haltestellen die Rampen raus zu klappen, wenn Rollstuhlfahrer/innen* anwesend sind.

Begründung:

Fast Täglich **kommt** es vor das das Fahrpersonal nicht die Rampen raus klappen, wenn Rollstuhlfahrer/innen* sich an den Haltestellen befinden. Statt dessen verlassen sich Diese auf die allgem**einen** Fahrgäste. Rechtlich gesehen sind weder Fahrgäste noch Rollstuhlfahrer/innen* versichert, wenn die Rampe nicht vom Fahrer selbst ausgeklappt wird. Um gemäß der UN – Behindertenrechtskonvention und dem Versicherungsrechtlichen Aspekt genüge zu leisten, sollten die Stadt Hagen, sich dem Beispiel von Berlin annehmen, wo die Rampen unaufgefordert vom Fahrer/in* in den Bussen ausgeklappt werden.

Somit fordern wir, dass eine Verpflichtung des Fahrpersonals zum Ausklappen der Rampen durch den Aufsichtsrat erfolgt.

- X Kosten für Ausbildungserweiterung gegeben
- X Behinderte Menschen betroffen

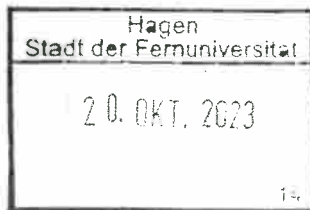
Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

 (Hagen):

Anlage: Unterschriften der **Versammlung**:





Hagener Straßenbahn AG



Öffentlicher
Personen-Nahverkehr

Hagener Straßenbahn AG · Postfach 13 49 · 58013 Hagen

Stadt Hagen
Ausschuss für Bürgeranregungen und
Bürgerbeteiligung
Rathausstraße 11
58095 Hagen

Ihre Zeichen/Nachricht E-Mail

Tel.-Durchwahl 02331
208-0

Gesprächspartner*in
Herr Wessinghage

Datum
10.10.2023

Antrag #aufstehen – Die Sammlungsbewegung

Ausbildung von Busfahrer/innen in Bezug der Sensibilisierung zur Barrierefreiheit

Sehr geehrte Frau Stein-Majewski,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Ausbildung zur Erlangung der Fahrerlaubnis der Klasse D und dem Einsatz im gewerblichen Linienverkehr ist das Absolvieren einer „Grundqualifikation“ obligatorisch. In dieser Grundqualifikation ist u.a. der Umgang mit Behinderten und Kunden, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, Thema.

Hierüber hinaus müssen alle Beschäftigten im Fahrdienst ihre Qualifikation nachweisen und alle fünf Jahre zur Verlängerung der Fahrerlaubnis Schulungen absolvieren und über Beleg nachweisen. Auch in diesen so genannten Modulschulungen ist der Umgang mit Behinderten und Personen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, Schulungsgegenstand.

Das Thema ist im Unternehmen und der betrieblichen Praxis präsent. In Einzelfällen verhalten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht immer so, wie wünschenswert und auch gelehrt wird.

Gerne greifen wir einzelne Punkte/Aspekte des Antrags auf und vermitteln diese auf anstehenden Schulungen an unsere Fahrerinnen und Fahrer.

Vorstand: Markus Monßen-Wackerbeck
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Rüdiger Ludwig
Amtsgericht Hagen Abt. 3 HRB Nr. 1

Anschrift: Am Pfannenofen 5
58097 Hagen
Telefon: 02331 208-0
Telefax: 02331 208-238
Internet: www.hst-hagen.de

Bankverbindung:
Sparkasse an Volme und Ruhr
IBAN: DE47 4505 0001 0100 0240 68 / BIC: WELA DE 3HXXX
Commerzbank
IBAN: DE33 4508 0060 0950 5842 00 / BIC: DRES DE FF450



Der zuletzt angeführte Ansatz Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern einen Vorrang vor Kunden mit Kinderwagen einzuräumen ist in der Praxis kaum umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Hagener Straßenbahn AG


Hpa.

Werner Flockenhaus

i. V. 

Thomas Wessinghage

Stein-Majewski, Bibiane

Von: Rohleder, Daniela
Gesendet: Dienstag, 4. Februar 2025 08:54
An: Stein-Majewski, Bibiane; Schwanke, Gabriele; Zeh, Marco
Betreff: WG: Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung, Ihre Anregung "Rollstuhlrampen in Bussen"

Für euch zur Info 😊

Gesendet: Sonntag, 2. Februar 2025 10:31
An: Rohleder, Daniela <Daniela.Rohleder@stadt-hagen.de>
Betreff: AW: Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung, Ihre Anregung "Rollstuhlrampen in Bussen"

Absender E-Mail:

Sehr geehrte Frau Rohleder,

ich nehme Ihre Mail zur Kenntnis mir ist auch bewusst, dass der Antrag von aufstehen schon mal in ähnlicher Form den Ausschüssen sowie die Stellungnahme der Straßenbahn AG vorgeschlagen hatte, leider hat sich an der eigentlichen Situation nichts geändert.

Und somit werden Rollstuhlfahrer gemäß der UN-BRK an der selbstbestimmten und öffentlichen Teilnahme an der Gesellschaft genommen.

Von daher ist die getroffene Entscheidung für uns enttäuschend.

Von daher schlagen wir vor mit Ihnen einen Termin zu vereinbaren indem wir schauen, welche Lösungen dennoch möglich werden können.

Nun habe ich noch eine Bitte, anscheinend wurde unser Antrag zum Böllerverbot übersehen. Könnten Sie uns dazu den Eingang zur Bearbeitung zusenden.

Vorab Danke wir dafür.

ungsbewegung Hagen)

Gesendet mit der Telekom Mail App

-- Original-Nachricht --

Von: Daniela.Rohleder@stadt-hagen.de

Betreff: Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung, Ihre Anregung "Rollstuhlrampen in Bussen"

Datum: 30.01.2025, 10:50 U

stadt-hagen.de, Gabriele.Schwanke@stadt-hagen.de, Marco.Zeh@stadt-hagen.de,
Peter.Mook@stadt-hagen.de

vielen Dank für Ihre Anregung "Rollstuhlrampen in Bussen". 2023 haben Sie sich mit der Anregung "Ausbildung von BusfahrerInnen in Bezug der Sensibilisierung zur Barrierefreiheit" an die Geschäftsstelle des Ausschusses für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung gewandt (siehe Anlage). Unter Punkt 3 teilten Sie mit, dass ein Großteil der

BusfahrerInnen sitzen bleibe und die Rampe für Rollstuhlfahrer nicht aufgeklappt werden. Seitens der FahrerInnen werde abgewartet, dass andere Mitfahrer*innen tätig werden. Die Hagerer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH hat damals der Geschäftsstelle des Ausschusses eine Stellungnahme (Anlage) zukommen lassen, in der darauf hingewiesen wurde, dass im Rahmen einer Grundqualifikation der Umgang mit Menschen mit Behinderungen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität behandelt werde. Daher wird Ihre aktuelle Anregung zu dieser Thematik nicht erneut auf die Tagesordnung genommen. Sollten Sie Rückfragen haben oder weitere Informationen benötigen, können Sie sich gerne an mich wenden.

Mit freundlichen Grüßen,
i. A.

Daniela Rohleder

Hagen - Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Fachbereich des Oberbürgermeisters

01/3 - Abteilung Protokoll, Städtepartnerschaften, Ehrenamt, Bürgerbeteiligung Rathaus I, Rathausstr. 11, 58095 Hagen, Zimmer B.213

Tel: 0049 (0) 2331 207 3315 + + + Telefax 0049 (0) 2331 207 2401

Mail daniela.rohleder@stadt-hagen.de

<http://BLOCKED/www.hagen.de>

Die Stadt Hagen hat den elektronischen Zugang eröffnet. Informationen zur rechtssicheren, verschlüsselten E-Mail-Kommunikation mit der Stadt Hagen finden Sie unter <http://BLOCKED/http://www.hagen.de/irj/portal/Impressum>

Diese E-Mail enthält möglicherweise vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen.

Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, bitten wir Sie, in Bezug auf diese E-Mail keinerlei Schritte zu unternehmen und keine Anlagen zu öffnen, sondern sich umgehend mit dem Absender dieser Nachricht in Verbindung zu setzen.

Das unerlaubte Kopieren und die unbefugte Weitergabe dieser E-Mail sind nicht gestattet.

Stein-Majewski, Bibiane

Von: Rohleder, Daniela
Gesendet: Mittwoch, 5. Februar 2025 12:11
An: [REDACTED]
Cc: Stein-Majewski, Bibiane; Schwanke, Gabriele; Zeh, Marco; Mook, Peter
Betreff: Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung, Ihre Anregungen
Anlagen: Ihre Anregung nach § 24 GO NRW "Antrag Böllerverbot" vom 10.01.2025
[REDACTED]

S

vielen Dank für Ihre Nachricht. Bezüglich der Problematik mit den Rollstuhlrampen möchte ich Sie bitten, mit der HVG unter der Rufnummer 02331 208-0 in Kontakt zu treten und dort Ihr Anliegen vorzutragen. Seitens des Ausschusses für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden. Zu Ihrer Eingabe "Böllerverbot" übersende ich Ihnen anbei die Eingangsbestätigung, die Ihnen der Kollege Herr Zeh am 28.01.2025 übermittelt hat. Sollten Sie weitere Rückfragen haben oder Informationen benötigen, können Sie sich gerne erneut an uns wenden.

Mit freundlichen Grüßen,
i. A.

Daniela Rohleder

Hagen - Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Fachbereich des Oberbürgermeisters
01/3 - Abteilung Protokoll, Städtepartnerschaften, Ehrenamt, Bürgerbeteiligung Rathaus I, Rathausstr. 11, 58095
Hagen, Zimmer B.213
Tel: 0049 (0) 2331 207 3315 + + + Telefax 0049 (0) 2331 207 2401

Mail daniela.rohleder@stadt-hagen.de

<http://BLOCKED/www.hagen.de>

Die Stadt Hagen hat den elektronischen Zugang eröffnet. Informationen zur rechtssicheren, verschlüsselten E-Mail-Kommunikation mit der Stadt Hagen finden Sie unter <http://BLOCKED/http://www.hagen.de/irj/portal/Impressum>

Diese E-Mail enthält möglicherweise vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen.

Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, bitten wir Sie, in Bezug auf diese E-Mail keinerlei Schritte zu unternehmen und keine Anlagen zu öffnen, sondern sich umgehend mit dem Absender dieser Nachricht in Verbindung zu setzen.

Das unerlaubte Kopieren und die unbefugte Weitergabe dieser E-Mail sind nicht gestattet.